Genossenschaften oder gesellschaftliche Organisationen im Sinne des § 19 Abs. 2 StPO (neu) sind Verstöße gegen alle Gesetze der Volkskammer, Beschlüsse und Erlasse des Staatsrates und des Ministerrates, Verordnungen sowie die von den einzelnen Ministerien auf Grund der vorgenannten Bestimmungen erlassenen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen, soweit diese im Gesetzblatt veröffentlicht wurden, zu verstehen. Nicht hierunter fallen interne Anordnungen von Dienststellenleitern oder Arbeitsanweisungen von Betriebsleitern. Wird in einem Verfahren die Verletzung der letztgenannten Bestimmungen festgestellt, so ist allerdings zu prüfen, ob diese Verletzung als Ursache oder Bedingung der Straftat in Erscheinung trat und deshalb Gerichtskritik geübt werden muß. Liegt ein solcher Fall nicht vor, sollte das Gericht gleichwohl prüfen, ob nicht entsprechende Hinweise oder Empfehlungen zur Überwindung der festgestellten Pflichtverletzungen erforderlich sind.

Gerichtskritik wegen Ursachen und Bedingungen für Straftaten

Nicht bei allen Ursachen und Bedingungen für Gesetzesverletzungen kann Gerichtskritik geübt werden. § 19 Abs. 2 StPO (neu) spricht ausdrücklich davon, daß mit der Gerichtskritik die Beseitigung solcher Umstände zu verlangen ist, „die im Strafverfahren als Ursachen oder Bedingungen für Straftaten (von uns hervorgehoben — d. Verf.) festgestellt wurden“. Die Umstände müssen demnach eine Beziehung zu möglichen Straftaten haben. Sie müssen nachweisbar die Begehung einer Straftat ermöglicht, erleichtert oder in sonstiger Weise begünstigt haben. So kann z. B. nicht eine allgemein schlechte politisch-ideologische Erziehungsarbeit in einem Betrieb Gegenstand einer Gerichtskritik sein, wenn zwischen diesem Mangel und der Straftat kein erkennbarer Zusammenhang besteht. Besondere Aufmerksamkeit haben die Gerichte solchen Bedingungen und Umständen zu widmen, die zu Fehlentwicklungen oder asozialem Verhalten von Jugendlichen oder jungen Menschen geführt haben.

Soweit es sich um Ursachen und Bedingungen handelt, die die Begehung anderer Gesetzesverletzungen fördern können, sind gemäß § 19 Abs. 1 StPO (neu) den betreffenden Organen Hinweise und Empfehlungen zu geben, um diese Umstände zu beseitigen und damit möglichen Gesetzesverletzungen rechtzeitig vorzubeugen. Diese Organe sind gemäß § 18 Abs. 2 StPO (neu) verpflichtet, den Ersuchen zur Beseitigung der festgestellten Ursachen und Bedingungen von Straftaten zu entsprechen und die Mitteilungen des Gerichts zu beachten.

Gerichtskritik an Organen der Rechtspflege

Stellt das Gericht bei der Durchführung eines Strafverfahrens eine Gesetzesverletzung durch ein nachgeordnetes Gericht fest, so hat es gemäß § 20 StPO (neu) Gerichtskritik zu üben, soweit dieser Mangel nicht schon zur Aufhebung des Urteils geführt hat. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn Gesetzesverletzungen des Staatsanwalts oder eines Untersuchungsorgans festgestellt werden.

Gerichtskritik ist auch dann zu üben, wenn nachgeordnete Gerichte Richtlinien oder Beschlüsse des Plenums des Obersten Gerichts oder Beschlüsse des Präsidiums des Obersten Gerichts verletzt oder nicht beachtet haben, da diese gemäß §§ 17, 19 GVG für alle Gerichte verbindliche Festlegungen enthalten.

Feststellungen im Urteil und Gerichtskritik

Es erhebt sich die Frage, ob die im Urteil getroffenen Feststellungen zu Gesetzesverletzungen bzw. zu Ursachen und Bedingungen von Straftaten auch Gegenstand einer Gerichtskritik sein sollen.

Soweit eine Gesetzesverletzung durch ein nachgeordnetes Gericht bereits Gegenstand eines aufhebenden Urteils ist, erfolgt gemäß § 20 Abs. 1 StPO (neu) keine Gerichtskritik. Gesetzesverletzungen anderer Art, selbst wenn sie im Urteil erwähnt werden, sind jedoch Gegenstand einer Gerichtskritik, sofern die anderen oben genannten Voraussetzungen vorliegen. Das gilt auch für die im Strafverfahren festgestellten Ursachen und Bedingungen für Straftaten.

Wenn sich das Gericht auch im Urteil mit den Ursachen und Bedingungen der konkreten Straftat auseinandergesetzt hat, so ist doch in der Regel die Gerichtskritik aus folgenden Gründen erforderlich:

1. In den Gründen des Urteils werden Ursachen und Bedingungen nur insoweit festgestellt, als sie mit der Entscheidung des Strafverfahrens unmittelbar im Zusammenhang stehen, z. B. wenn sie vom Angeklagten bewußt bei der Tatbegehung ausgenutzt wurden oder Auswirkungen für die Feststellung der Schuld oder auf die Strafzumessung haben. Da sich das Urteil nur auf die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten bezieht, können Gesetzesverletzungen anderer Organe, Betriebe, gesellschaftlicher Organisationen usw. nicht in den Entscheidungsgründen behandelt werden.

2. Das Urteil wird den für die Beseitigung von Ursachen und Bedingungen für Straftaten Verantwortlichen nicht übersandt. Erst mit der Gerichtskritik werden die kritisierten Organe verpflichtet, innerhalb von zwei Wochen dazu Stellung zu nehmen. Eine solche Konsequenz würde sich aber aus der Kenntnis der lediglich im Urteil kritisierten Umstände nicht ergeben.

Abgrenzung der Gerichtskritik zu Hinweisen und Empfehlungen

Die Pflicht des Gerichts, Kritik zu üben, wird nicht dadurch aufgehoben, daß ein Vertreter der zu kritisierenden Institution an der Verhandlung teilgenommen hat, eine Auswertung des Verfahrens bereits erfolgte oder vorgesehen ist. Nur in den Fällen, in denen mit der Auswertung des Verfahrens von den Leitern der zu kritisierenden Institution bereits nachweisbar Festlegungen getroffen wurden, die die Überwindung der festgestellten Gesetzesverletzungen bzw. der Ursachen und Bedingungen für Straftaten gewährleisten, ist der formelle Erlaß einer Gerichtskritik nicht erforderlich. Sieht das Gericht in diesen Fällen vom Erlaß einer Gerichtskritik ab, so hat es gemäß § 18 Abs. 2 StPO (neu) das übergeordnete Organ auf die getroffenen Feststellungen hinzuweisen.

Es ist aber auch zu beachten, daß die Gerichtskritik nur eine Methode zur Überwindung von Gesetzesverletzungen, Ursachen und Bedingungen für Straftaten ist. Sie ersetzt nicht die Zusammenarbeit zwischen dem Gericht und den anderen Staats- und wirtschaftsleitenden Organen, Genossenschaften, Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen sowie Aussprachen und Auswertungen von Strafverfahren.

Wird vom Erlaß einer Gerichtskritik abgesehen, obwohl Gesetzesverletzungen oder strafatbegünstigende Umstände festgestellt wurden, so hat das Gericht die Gründe dafür aktenkundig zu machen.

Absehen von der Gerichtskritik bei Protesten des Staatsanwalts

Hat der Staatsanwalt wegen einer auch durch das Gericht festgestellten Gesetzesverletzung bereits gemäß § 38 StAG Protest eingelegt, so ist Gerichtskritik nicht mehr zu üben. In diesen Fällen obliegt es dem Staatsanwalt in alleiniger Verantwortung, Maßnahmen zur vollständigen Beseitigung der festgestellten Gesetzesverletzung einzuleiten. Der Staatsanwalt sollte jedoch